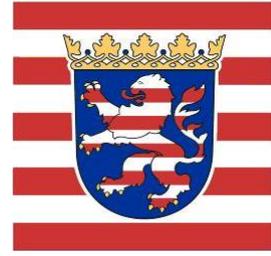




HESSEN



Bericht aus Brüssel

03/2025 vom 31.01.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	8
Energie.....	9
Digital.....	9
Forschung.....	9
Finanzdienstleistungen.....	11
Finanzen.....	11
Landwirtschaft und Umwelt.....	12
Justiz.....	14
Inneres.....	15
EU-Förderprogramme.....	16
Veranstaltungen.....	16
Vorschau.....	17

Kommission; Europäischer Rat; Erklärung zum Internationalen Holocaust-Gedenktag

Die Mitgliedstaaten (MS) haben anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27.01.2025 vor einer Zunahme des Antisemitismus in Europa gewarnt. Am diesjährigen Gedenktag jährt sich die Befreiung des deutschen nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zum 80. Mal. Die MS seien entschlossen, Antisemitismus zu bekämpfen und jüdisches Leben in Europa zu schützen und zu fördern. Zudem verurteilten sie alle Formen von Diskriminierung, Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und wollen entschlossene Maßnahmen ergreifen, um diesen Bedrohungen für demokratische Gesellschaften entgegenzuwirken. Die Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, einschließlich der Meinungs-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit, sowie der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, müsse und werde – im Einklang mit den Werten, auf die sich die EU gründe – das Handeln stets leiten. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_328

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Ukraine, USA und Lage im Nahen Osten

Der Rat Auswärtige Angelegenheiten befasste sich am 27.01.2025 u.a. mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und vor allem mit der Thematik, wie die militärische Unterstützung der EU für die Ukraine aufgestockt werden könnte. Der Rat einigte sich darauf, die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland um weitere sechs Monate bis zum 31.07.2025 zu verlängern. Der Rat erörterte außerdem die Beziehungen der EU zu den USA nach der Amtsübernahme von Präsident Trump. Der Rat plane, zu einem gemeinsamen Verständnis der Mitgliedstaaten über die transatlantischen Beziehungen zu gelangen. Weiterhin wurde ein Gedankenaustausch über die Unterstützung der EU für Syrien und über die Lockerung des EU-Sanktionsrahmens geführt. Mit Blick auf die Lage in Israel und Gaza begrüßte der Rat die Freilassung von Geiseln im Gazastreifen und den am 15.01.2025 angekündigten Waffenstillstand. Abschließend führte der Rat noch eine Aussprache zum Thema hybride Bedrohungen durch.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2025/01/27/>

Rat; Georgien, Aussetzung Befreiung Visumpflicht für Diplomaten und Beamte

Der Rat hat am 27.01.2025 beschlossen, Teile des Visaerleichterungsabkommens zwischen der EU und Georgien auszusetzen. Dies könnte dazu führen, dass georgische Diplomaten und Beamte für die Einreise in die EU ein Visum beantragen müssen. Sobald die teilweise Aussetzung in Kraft tritt, können die Mitgliedstaaten beschließen, nationale Maßnahmen zur Anwendung der Visumpflicht für Inhaber von Diplomaten-, Dienst-/Amtspässen und Sonderpässen zu erlassen. Der Beschluss ist eine Reaktion des Rates auf ein „Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme“ und ein Gesetzgebungspaket zu „Familienwerten und zum Schutz Minderjähriger“, welche Georgien 2024 angenommen hat. Die EU ist der Auffassung, dass diese Rechtsvorschriften die Grundrechte der georgischen Bevölkerung, einschließlich der Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, des Rechts auf Privatsphäre sowie des Rechts auf Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten untergraben und Stigmatisierung und Diskriminierung verschärfen. Ebenfalls soll laut Rat mit der

Entscheidung auf die gewaltsame Unterdrückung friedlicher Demonstranten, Politiker und unabhängiger Medien durch die georgischen Behörden reagiert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/01/27/georgia-council-suspends-visa-free-travel-for-diplomats-and-officials/>

Rat; Neuer Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina

Der Rat hat 27.01.2025 Peter Sørensen zum neuen EU-Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina ernannt. Dieser soll den Dialog unterstützend begleiten, der zu einer umfassenden Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo beitragen soll. Die EU-Sonderbeauftragten haben die Aufgabe, die Politik und die Interessen der EU in bestimmten Regionen und Ländern zu fördern und sollen sich Fragen von besonderer Bedeutung oder besonderem Interesse für die EU widmen. Sie sollen laut Rat für die EU eine aktive Rolle bei den Bemühungen um die Konsolidierung von Reformen, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit spielen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/01/27/belgrade-pristina-dialogue-eu-appoints-a-new-special-representative/>

Kommission; EU-Soforthilfe zur Bewältigung der Energiekrise in Moldau

Die Kommission hat am 27.01.2025 ein Soforthilfepaket in Höhe von 30 Mio. EUR vorgeschlagen, durch das die Republik Moldau dabei unterstützt werden soll, die von Gazprom ausgelöste schwere Energiekrise zu bewältigen. Gazprom komme aktuell seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nach und habe die Gaslieferungen an die moldauische Region Transnistrien eingestellt. In der Folge sei es zu einer schweren Energiekrise gekommen, die erhebliche wirtschaftliche und soziale Folgen für die Einwohner Moldaus und dramatische Auswirkungen auf das Leben der Menschen in der Region Transnistrien habe. Mit dem vorgeschlagenen Paket soll laut Kommission u.a. eine weitere Verschärfung der humanitären Lage verhindert und Erdgas zur Verfügung gestellt werden, um den unmittelbaren Bedarf zu decken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_329

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 20.-23.01.2025 in Straßburg

POL Regierungschef Donald Tusk fordert deutlich höhere Verteidigungsausgaben

Bei der Vorstellung der Schwerpunkte der polnischen Ratspräsidentschaft erklärte der polnische Premierminister Donald Tusk am 22.01.2025, dass Sicherheit eine zentrale Priorität für Europa sei – angesichts eines akuten Konflikts an seinen Grenzen, politischer Veränderungen in den USA und der Herausforderung durch gezielte Desinformation und Lügen im Internet. Eindringlich mahnte Tusk: „Ich möchte Ihnen sagen, dass Europa es sich in diesen Zeiten nicht leisten kann, bei der Sicherheit zu sparen“. Tusk forderte, dass jedes Land fünf Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgibt, entsprechend dem Beispiel POL. Tusk appellierte, seinen Aufruf ernst zu nehmen: „Wenn Europa überleben soll, muss es sich bewaffnen“. POL mit seiner langen Grenze zu Russland und Belarus gebe die fünf Prozent nicht nur für seine eigene Sicherheit aus, sondern für die Sicherheit ganz Europas, betonte Tusk: „Wir haben es mit einem heißen Konflikt an unseren Grenzen zu tun“. Europa müsse aus seiner Routine aufwachen. Jetzt sei der Moment, um die Verteidigungsausgaben radikal anzuheben. Einige Mitgliedstaaten seien gegen höhere Ausgaben oder gegen Eurobonds und wollten keine neuen Schulden machen, sagte Tusk. Dabei sei es nicht

die wichtigste Frage, mit welcher Methode europäische Verteidigungsprojekte finanziert würden. Wichtiger sei, dass es keine Alternative, keine Wahl gebe: „Wir müssen uns selbst verteidigen können, was heißt, dass europäisches Geld dafür ausgegeben werden muss“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-01-22-ITM-005_DE.html

Belarus: EP verurteilt Scheinwahlen im Januar 2025

In einer am 22.01.2025 angenommenen Entschließung fordert das EP die EU auf, die anstehende Wahl in Belarus als bloß zum Schein durchgeführte einzustufen und kategorisch abzulehnen. Das Parlament missbilligt die anhaltenden schweren Verletzungen der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze in Belarus, die im Vorfeld der sogenannten Präsidentschaftswahl am 26.01.2025 weiter intensiviert worden seien. Es fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und die internationale Gemeinschaft auf, die Legitimität von Alexander Lukaschenko als Präsident auch nach dem 26.01.2025 weiterhin nicht anzuerkennen. Das EP bekräftigt, dass es die Wahl von Alexander Lukaschenko zum Präsidenten von Belarus nicht anerkennt und das derzeitige Regime in Belarus als illegitim erachtet. Es erklärt seine unerschütterliche Unterstützung für die Bevölkerung von Belarus in ihrem Streben nach Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. Das EP äußert sich zutiefst besorgt über die Lage der politischen Gefangenen in Belarus. In der Entschließung wird die EU und ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Belarus fortzusetzen und Maßnahmen zu unterstützen, mit denen darauf hingewirkt wird, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden, unter anderem im Wege der universellen Gerichtsbarkeit. Das EP fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, die Sanktionen gegen Personen und Organisationen, die für Repressionen in Belarus und die Verwicklung von Belarus in den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verantwortlich sind, auszuweiten und zu verschärfen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0002_DE.html

EP verurteilt Russlands Einsatz von Desinformation zur Rechtfertigung des Ukraine-Kriegs

Eine am 23.01.2025 angenommene Entschließung verurteilt die systematische Geschichtsfälschung durch das russische Regime zur Rechtfertigung seines Angriffskriegs gegen die Ukraine. In dem angenommenen Text weist das EP Ansprüche Russlands zurück, die darauf abzielen würden, die eigenständige kulturelle und historische Identität der Ukraine zu vernichten. Das EP fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten (MS) nachdrücklich auf, ihre Bemühungen, umgehend und strikt gegen Desinformation, Informationsmanipulation und Einflussnahme aus Russland vorzugehen, zu intensivieren. Das EP weist auf die Notwendigkeit hin, tatkräftig Medienkompetenz zu fördern und Qualitätsmedien sowie professionellen Journalismus und die Erforschung neuartiger Technologien zur hybriden Einflussnahme zu unterstützen. Das EP zeigt sich zutiefst besorgt darüber, dass die Führung bestimmter Social-Media-Unternehmen angekündigt habe, die jeweiligen Regelungen zu Faktenprüfung und Moderation zu lockern, wodurch den Desinformationskampagnen Russlands in der ganzen Welt noch stärker Vorschub geleistet werden würde. Das EP fordert die Kommission und die MS auf, als Reaktion auf die Ankündigungen von Meta und bereits zuvor jene von X das Gesetz über digitale Dienste strikt durchzusetzen und dieses Vorgehen auch als wichtigen Teil des Kampfes gegen Desinformation aus Russland zu begreifen. Die Entschließung wurde mit einer Mehrheit von 480 - 58 - 48 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2025-0006_DE.html

Plenarsitzung zum Internationalen Holocaust-Gedenktag

Am 29.01.2025 fand im EP in Brüssel eine Plenarsitzung zum Internationalen Holocaust-Gedenktag statt. EP-Präsidentin Roberta Metsola (EVP/MTA) erklärte: „Wir dürfen niemals vergessen – und wir müssen handeln. Unsere Generation ist die letzte, die das Privileg hat, Holocaust-Überlebende persönlich zu kennen und ihre Geschichten aus erster Hand zu hören. Ihre Stimmen, ihr Mut, ihre Erinnerungen sind eine Brücke zu einer Vergangenheit, die niemals in Vergessenheit geraten darf. Denn selbst nach den Schrecken des Holocaust verschwand der Antisemitismus nicht. Er blieb bestehen. Er entwickelte sich weiter. Erinnern ist eine Pflicht. Eine Verantwortung, sicherzustellen, dass ‚Nie wieder‘ kein leeres Versprechen bleibt“. Im Anschluss sprach Corrie Hermann, Tochter des Cellisten und Holocaust-Opfers Pál Hermann. In ihrer Ansprache erzählte sie die Geschichte ihres Vaters, des ungarischen Komponisten und Cellisten Pál Hermann, der als einer der besten Cellisten seiner Zeit galt und 1944 von den Nazis ermordet wurde. „Diese Geschichte eines einzelnen Holocaust-Opfers ist all jenen sechs Millionen Opfern gewidmet, um die wir auch heute noch trauern“, sagte sie. Corrie Hermann schilderte das Leben ihres Vaters als Musiker – von seiner Ausbildung an der Franz-Liszt-Akademie in Budapest bis hin zu Auftritten auf den renommiertesten Bühnen Europas. Nachdem er nach BEL und FRA geflohen war, wurde er im April 1944 bei einer Razzia in Toulouse verhaftet und ins Lager Drancy bei Paris gebracht. Von dort wurde er in das Konzentrationslager Kaunas (LIT) deportiert. „Hitler verbrannte Bücher, zerstörte Gemälde und ermordete Millionen – aber Musik ist unbesiegbar“, sagte Corrie Hermann.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2025-01-29-ITM-004_DE.html

Wirtschaft

Kommission; Genehmigung der Übernahme der Simon Hegele Group durch Nippon Express Holdings, Inc.

Am 21.01.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie die Übernahme der Simon Hegele Group mit Standort u. a. in Frankfurt durch die japanische Nippon Express Holdings, Inc. nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das angemeldete Vorhaben sei im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens geprüft worden. Das Vorhaben betrifft laut Kommission schwerpunktmäßig den Bereich der Kontraktlogistik.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_306

Kommission; Rückmeldung zu Leitlinien der Netto-Null-Industrie-Verordnung

Am 23.01.2025 hat die Kommission eine Initiative zur Bewertung des Entwurfs ihrer Leitlinien betreffend die Auswahl von Projekten entlang der Netto-Null-Industrie-Verordnung gestartet. Die im Entwurf festgelegten Auswahlkriterien betreffen u.a. Kapazitäten für Fertigungstechnologien. Die Frist für Rückmeldungen endet am 20.02.2025. Die Kommission plane die Vorlage eines Durchführungsakts für das dritte Quartal 2025.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14386-Netto-Null-Industrie-Verordnung-Leitlinien-fur-strategische-Projekte-Durchfuhrungsrechtsakt-de>

Kommission; Genehmigung der Übernahme von DS Smith durch die International Paper Company unter Auflagen

Am 24.01.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie die Übernahme der DS Smith Plc. mit Standorten u. a. in Fulda und Erlensee durch die International Paper Company nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung mit Auflagen für die beteiligten Unternehmen genehmigt. Wegen wettbewerbsrechtlichen Bedenken der Kommission verpflichteten sich die Unternehmen zur Veräußerung von fünf Werken in FRA, ESP & PTL. Das Vorhaben betrifft laut Kommission schwerpunktmäßig die Herstellung und Lieferung von Papier- und Verpackungsprodukten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_322

Kommission; Genehmigung der Übernahme der Arbonia Climate Division durch die Midea Group

Am 29.01.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie die Übernahme der Arbonia Climate Division durch die Midea Group Co. Ltd. u. a. mit Standort in Eschborn nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt habe. Das angemeldete Vorhaben sei im Rahmen des normalen Fusionskontrollverfahrens geprüft worden. Das Vorhaben betrifft laut Kommission schwerpunktmäßig den Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechniksektor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_368

Kommission; Veröffentlichung des Jahresberichts zu Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit

Am 29.01.2025 hat die Kommission ihren Jahresbericht zum Zustand des Binnenmarkts und der Wettbewerbsfähigkeit für 2025 vorgestellt. Der Bericht fungiere als Grundlage für den Kompass der Wettbewerbsfähigkeit und habe zum Ziel, Stärken und Schwächen des Binnenmarkts und der Wettbewerbsfähigkeit der EU zu präsentieren. Positiv hervorzuheben sei die verbesserte Implementation und Durchsetzung der Rechtsakte. Die Problemfelder des Binnenmarkts seien Überregulierung und administrative Hürden, sowie der Rückstand in Digitalisierung und Innovation und bei der Dekarbonisierung der Industrie. Auch außenwirtschaftliche Abhängigkeiten, wie zum Beispiel der Zugang zu Rohstoffen, gefährdeten die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Um diese Hindernisse überwinden zu können und die Wettbewerbsfähigkeit der EU langfristig zu sichern, brauche es einen einheitlichen und strategischen Ansatz der Kommission.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_335

Kommission; Veröffentlichung des Wettbewerbsfähigkeits-Kompasses

Am 29.01.2025 hat die Kommission einen Wettbewerbsfähigkeits-Kompass vorgestellt. Die Kommission habe sich zum Ziel gesetzt, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU fokussiert zu behandeln. Der Kompass zeichne die wirtschaftlichen Leitlinien und priorisierten Handlungsschwerpunkte der Kommission für die nächsten fünf Jahre vor. Die Kommission plane, die Innovation im Binnenmarkt zu stärken, die Dekarbonisierung der Industrie voranzutreiben und Abhängigkeiten zu verringern. Des Weiteren sollen Berichtspflichten vereinfacht, Hindernisse im Binnenmarkt abgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit durch öffentliche und private Investitionen finanziert, Kompetenzen und hochwertige Arbeitsplätze gefördert und politische Maßnahmen besser koordiniert werden. Dem Kompass vorausgegangen war der Jahresbericht zu Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit.

https://commission.europa.eu/document/download/10017eb1-4722-4333-add2-e0ed18105a34_en

Kommission; 17. Europäische Raumfahrtkonferenz

Am 28./29.01.2025 hat die 17. Europäische Raumfahrtkonferenz in Brüssel stattgefunden. Der Fokus der diesjährigen Konferenz lag laut Kommission auf der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU im Raumfahrtsektor und der Weiterentwicklung der Erdbeobachtungsprogramme in Europa. Andrius Kubilius, Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt (LIT), sprach in seiner Eröffnungsrede die Hürden an, welche die EU im Raumfahrtsektor hinderten und appellierte, dass die Kontrolle im Weltraum entscheidend für die Zukunft Europas sei. In den Bereichen Navigation, Erdbeobachtung und Exploration falle die EU im Wettbewerb zurück. Daher sei es von höchster Relevanz, die Anstrengungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im Weltraum zu intensivieren. Ein weiteres Thema der Konferenz war die Frage der Abhängigkeit vom Unternehmen SpaceX durch die verspätet fertiggestellte Ariane 6 und deren Auslastung über Jahre.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_25_333

Kommission; Genehmigung der Übernahme von GLP Capital Partners durch die Ares Management Corporation

Am 30.01.2025 gab die Kommission bekannt, dass sie die Übernahme der GLP Capital Partners durch die Ares Management Corporation u. a. mit Standort in Frankfurt nach Prüfung der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt habe. Das angemeldete Vorhaben betrifft laut Kommission den Bereich der Immobiliendienstleistungen sowie der Vermögensverwaltung und sei im vereinfachten Fusionskontrollverfahren geprüft worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_383

V e r k e h r

Kommission; Strategischer Dialog über die Zukunft der europäischen Automobilindustrie

Am 30.01.2025 hat die Kommission einen strategischen Dialog mit der europäischen Automobilindustrie und anderen wichtigen Interessenträgern eingeleitet. Der Dialog dient laut Kommission dazu, Akteure aus der Industrie, Sozialpartner und andere Interessenträger zusammenzubringen und gemeinsam Maßnahmen für u. a. die Handlungsfelder Innovation, Energiewende, Wettbewerbsfähigkeit und Handelsbeziehungen zum Schutz des Sektors und der Zukunftsfähigkeit der Automobilindustrie zu entwickeln. Geplant seien regelmäßige Treffen von Kommission und Vertretern aus Industrie sowie aus der Zivilgesellschaft. Der strukturierte Dialog soll durch Konsultationen anderer Interessenträger der Wertschöpfungskette angereichert werden. Die Anpassung der Rechtsvorschriften und der Verfahren soll laut Kommission der Diskussion offenstehen. Geplant sei, konkrete Reformvorschläge mit thematisch besetzten Arbeitsgruppen zu entwickeln. Die Leitung des Dialogs obliege Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Kommissar Apostolos Tzitzikostas (GRI).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_299

Energie

Kommission; Eröffnung des Global Energy Transition Forums in Davos

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 23.01.2025 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos das Forum der globalen Energiewende eröffnet. Zum Vorantreiben der Energiewende sollen laut Kommission Staaten, Unternehmen und Investoren stärker vernetzt, sowie die Sicherheit und Verlässlichkeit zwischen ihnen gestärkt werden. Der Fokus soll auf die Weltregionen, die in besonderer Weise auf das Entwickeln nachhaltiger Energien angewiesen sind sowie auf Initiativen, die unterversorgte Gebiete im Nutzen von erneuerbaren Energien unterstützen, gelegt werden. Um diese Herausforderungen angehen zu können, brauche es größere Investitionen in konkrete Projekte und stärkere Verlässlichkeit zwischen den Akteuren.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_25_318

Digital

Kommission; Zusätzliche Ermittlungsmaßnahmen gegen X

Am 17.01.2024 hat die Kommission drei weitere Ermittlungsmaßnahmen gegen X im laufenden Verfahren nach dem Gesetz über digitale Dienste (DSA) beschlossen. Ziel sei es, die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem DSA durch die Empfehlungssysteme von X zu klären. In einem ersten Schritt werde X dazu verpflichtet, interne Unterlagen über die Empfehlungssysteme und kürzlich daran vorgenommene Änderungen vorzulegen. Außerdem werde die Plattform dazu angehalten, Dokumente, die eine Änderung an den Empfehlungsalgorithmen behandeln, bis Ende des Jahres 2025 aufzubewahren.
<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-addresses-additional-investigatory-measures-x-ongoing-proceedings-under-digital-services>

Forschung

Kommission; Erklärung zur Kooperation mit den USA bei Forschung und Innovation

Am 20.01.2025 hat die Kommission bekannt gegeben, dass die EU die Kooperation mit den USA im Bereich Forschung und Innovation (F&I) aufwerten möchte. Dazu wurde zwischen der EU und den USA am 17.01.2025 eine Erklärung zur Vertiefung der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit unterzeichnet. In der Erklärung bekräftigen beide Seiten ihr Engagement für eine Zusammenarbeit im Bereich F&I. Die EU und die USA drücken darin laut Kommission ihren Wunsch aus, die transatlantische Partnerschaft in F&I zu vertiefen, um den drängenden globalen Herausforderungen, etwa Klimawandel und Gesundheitskrisen, zu begegnen und exzellente Forschung sowie gemeinsame Werte, wie Offenheit, akademische Freiheit und Ethik in der Forschung sowie evidenzbasierte Politik, zu stärken.
https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/european-union-and-united-states-sign-joint-statement-reaffirming-commitment-transatlantic-research-2025-01-17_en

Kommission; Forschung; Europäische Holocaust-Forschungsinfrastruktur

Am 20.01.2025 hat die Kommission der Europäischen Holocaust-Forschungsinfrastruktur (EHRI) den Rechtsstatus eines Konsortiums für eine Forschungsinfrastruktur (ERIC) verliehen. Diese Anerkennung unterstreicht laut Kommission die wichtige Rolle der EHRI bei der Bewahrung der historischen Aufzeichnungen über den Holocaust und ihre anhaltende Bedeutung. Diese Entwicklung stelle einen bedeutenden Fortschritt für die Aufgabe von EHRI dar, die Lücken in Archivmaterial in Europa und darüber hinaus zu schließen. Auf diese Weise solle die Fragmentierung der Holocaust-Geschichtsschreibung überwunden werden. Aus wissenschaftlicher Sicht soll EHRI-ERIC laut Kommission die Spitzenforschung im Bereich der Holocaust-Studien und verwandter Gebiete fördern und nationale Exzellenzzentren aufbauen. Die Initiative solle auch innovative Methoden entwickeln, die künftige Generation von Spezialistinnen und Spezialisten ausbilden und sich für einen offenen und uneingeschränkten Zugang zu umfangreichen Datensätzen einsetzen. Zudem solle EHRI-ERIC eine entscheidende Rolle bei der Bewahrung des gemeinsamen europäischen Kulturerbes spielen und dafür sorgen, dass der Holocaust für heutige und künftige Generationen ein relevantes und wichtiges Thema bleibt. Auch solle EHRI-ERIC zur Bekämpfung von Holocaust-Leugnung und des Antisemitismus sowie zur Förderung von Holocaust-Erziehung und –Erinnerung beitragen. Zudem solle EHRI-ERIC die Innovation in der Archivierungspraxis vorantreiben.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/european-holocaust-research-infrastructure-becomes-30th-eu-recognised-research-consortium-major-2025-01-20_en&pk_campaign=rtd_news

Kommission; Marie-Curie-Mobilitätsförderung; COFUND-Förderlinie

Am 23.01.2025 hat die Kommission eine neue Ausschreibung für Mobilitätsförderung von Forschenden in der Förderlinie COFUND des Marie-Sklodowska-Curie-Programms mit einem Fördervolumen von ca. 102 Mio. EUR veröffentlicht. Die Finanzierung erfolge aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa. Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen läuft bis zum 24.06.2025. COFUND fördert laut Kommission die internationale, interdisziplinäre und sektorübergreifende Mobilität, um Forschende und Innovatoren im akademischen Bereich und darüber hinaus auszubilden und ihnen zu ermöglichen, ihre Netzwerke zu erweitern.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/msca-opens-eu1018m-call-to-co-fund-doctoral-and-postdoctoral-programmes>

Kommission; Europäische Hochschulallianzen; Bericht zur Entwicklung der Allianzen;

Am 24.01.2025 hat die Kommission einen Bericht zur Entwicklung der Europäischen Hochschulallianzen (EUA) vorgelegt, welcher laut Kommission die Entwicklung der Allianzen in den letzten Jahren und auch einen Ausblick schildert. Die Kommission hebt hervor: Allein in den ersten drei Jahren verzeichneten die EUA einen Anstieg der Studierendenmobilität innerhalb der Allianzen um 400 Prozent. Eine wesentliche Stärke der Initiative sei geografische Ausgewogenheit. Dadurch haben die Allianzen laut Kommission das große Potenzial, Menschen einander näher zu bringen und das gemeinsame Verständnis füreinander zu stärken. Dank der Förderung studiere heute sogar etwa die Hälfte der Studierenden in Europa an einer Hochschule, die zu einer EUA gehört. Derzeit gibt es laut Kommission 65 Allianzen, an denen über 570 Hochschulen aus 35 Ländern - darunter alle EU-Mitgliedstaaten - beteiligt sind. Aus DEU werden 67 Hochschulen gefördert, darunter 6 in Hessen (die Universitäten Gießen, Marburg, Darmstadt und die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Frankfurt, Fulda und Darmstadt).

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/db43f6ca-da14-11ef-be2a-01aa75ed71a1/language-en>

Finanzdienstleistungen

EuGH; Laufzeit und effektiver Jahreszins in Verbraucherkreditverträgen

Am 23.01.2025 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-677/23 Slovenská sporiteľňa, dass in einem Kreditvertrag die Laufzeit dieses Vertrags nicht zwingend ausdrücklich anzugeben ist, sofern die Klauseln dieses Vertrags es dem Verbraucher ermöglichen, diese Laufzeit ohne Schwierigkeiten und mit Sicherheit zu bestimmen. Zugleich befand der EuGH, dass die in die Berechnung des effektiven Jahreszinses einfließenden Annahmen im Kreditvertrag ausdrücklich anzugeben sind. Insofern reiche es nicht aus, dass der Verbraucher sie durch eine Prüfung der Vertragsklauseln selbst bestimmen kann. Hintergrund war ein Vorabentscheidungsersuchen eines SLO Regionalgerichtes betreffend einen Rechtsstreit zwischen zwei Verbrauchern und einer SLO Bank.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=en&td=ALL&num=C-677/23>

Finanzen

Rat; Eurogruppe und ECOFIN

Im Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) stellte die POL Ratspräsidentschaft am 21.01.2025 ihr Arbeitsprogramm im Bereich Wirtschaft und Finanzen vor. Auch führte der Rat eine Orientierungsaussprache darüber, wie die Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes erhöht werden kann. In Anwesenheit des ukrainischen Finanzministers Sergii Marchenko erörterte der Rat weiterhin die Auswirkungen des russischen Aggressionskrieges. Mit Blick auf den Rahmen für wirtschaftspolitische Steuerung nahm der Rat sodann Empfehlungen zu mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plänen an, die 21 Mitgliedstaaten (MS) im Zusammenhang vorgelegt hatten; der DEU Plan liegt noch nicht vor. Ebenfalls nahm der Rat Empfehlungen für sieben MS an, gegen die derzeit ein Verfahren bei einem übermäßigen Defizit anhängig ist (BEL, FRA, ITL, MTA, POL, ROM und die SLK). Zu den weiteren Tagesordnungspunkten des Rates gehörte die Ernennung von Bruna Szego (ITL) zur Vorsitzenden (Chair) der EU-Antigeldwäschebehörde AMLA (mit Sitz in Frankfurt am Main) sowie die Annahme einer Verordnung über den europäischen Raum für Gesundheitsdaten. Am Vortag hatte sich die Eurogruppe u.a. mit den politischen Prioritäten des Euro-Währungsgebiets in der neuen Legislatur und dem aktuellen Stand mit Blick auf das Projekt digitaler Euro befasst.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2025/01/21/>

EZB; Zinssenkung

Am 30.01.2025 beschloss der EZB-Rat in seiner geldpolitischen Sitzung, die drei Leitzinssätze um jeweils 25 Basispunkte zu senken. Damit liegt der Zinssatz für die Einlagefazilität sowie die Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität mit Wirkung vom 05.02.2025 bei 2,75%, 2,90% bzw. 3,15%. Nach Auffassung des EZB-Rates schreitet der Disinflationsprozess gut voran und dürfte 2025 zum mittelfristigen Zielwert des EZB-Rats von 2% zurückkehren. Zugleich verspüre die Wirtschaft weiterhin Gegenwind, wobei der EZB-Rat mit allmählich eintretenden positiven Effekten der steigenden Realeinkommen rechnet. Er

weist darauf hin, dass seine Zinsentscheidungen auch weiterhin von der Datenlage abhängen und er sich nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad festlegen werde.
<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2025/html/ecb.mp250130~530b29e622.de.html>

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Bericht über Handel mit EU-Agrar- und Ernährungsgütern

Laut dem von der Kommission am 24.01.2025 veröffentlichten Bericht „Monitoring EU Agri-Food Trade“ habe der Handel der EU mit Agrar- und Ernährungsgütern im Oktober 2024 mit Ausfuhren von 21,7 Mrd. EUR (+ 10% im Vergleich zum Vormonat) und Einfuhren von insgesamt 16,2 Mrd. EUR (+ 19% im Vergleich zum Vormonat) ein Rekordniveau erreicht. Die kumulierten Daten für den Handel von Januar bis Oktober 2024 zeigten einen Anstieg der Einfuhren um 6% sowie der Ausfuhren um 3%. Für EU-Ausfuhren in diesem Zeitraum seien das Vereinigte Königreich mit 44,9 Mrd. EUR und die USA mit 25,1 Mrd. EUR weiterhin die wichtigsten Bestimmungsländer. Die Ausfuhren nach China seien um 8%, d.h. einem Wert von 937 Mio. EUR entsprechend, zurückgegangen, was auf geringere Lieferungen von Getreide, Schweinefleisch sowie Milchprodukten zurückzuführen sei. Trotz eines Rückgangs um 3% führe die EU aus Brasilien mit 14,4 Mrd. EUR weiterhin die meisten Agrar- und Ernährungsgüter ein.
https://agriculture.ec.europa.eu/news/eu-agri-food-exports-and-imports-reached-record-levels-october-2024-2025-01-24_en

Kommission; Berufung von Mitgliedern für den Europäischen Rat für Landwirtschaft und Ernährung (EBAF)

Am 27.01.2025 hat die Kommission 30 Mitgliedsorganisationen in den Europäischen Rat (Board) für Landwirtschaft und Ernährung (EBAF) berufen. Der Rat soll sie bei den Folgemaßnahmen zum Bericht über den Strategischen Dialog über die Zukunft der EU-Landwirtschaft beraten sowie einen Beitrag zur Arbeit an der Vision für Landwirtschaft und Ernährung leisten. Dabei sei das Ziel des EBAF, eine neue Kultur des Dialogs, des Vertrauens und der Beteiligung mehrerer Interessengruppen unter den Landwirten, den Akteuren der Lebensmittelversorgungskette und der Zivilgesellschaft mit der Kommission zu fördern. So wurden u.a. der Europäische Rat der Junglandwirte (CEJA), der europäische Dachverband der Landwirte COPA und der europäische Dachverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften COGECA als Mitglieder aufgenommen.
https://agriculture.ec.europa.eu/news/european-commission-establishes-european-board-agriculture-and-food-2025-01-27_en

Rat; Landwirtschaft und Fischerei am 27.01.2025

Die Agrarministerinnen und -minister haben am 27.01.2025 getagt. Der Rat hat keine Schlussfolgerungen verabschiedet. Die Minister tauschten sich zunächst über mögliche Vereinfachungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aus, insbesondere das jährliche Leistungsabschlussverfahren und die verbindlichen Umwelt- und Klimamaßnahmen (sog. „grüne Architektur“) betreffend. Für DEU hat Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir teilgenommen. Viele Mitgliedstaaten (MS), einschließlich DEU, hätten auf den weiterhin hohen finanziellen und administrativen Aufwand des Leistungsabrechnungsverfahrens hingewiesen. Agrarkommissar Hansen habe erklärt, den Verwaltungsaufwand für Landwirte weiter verringern und die Abschaffung des bestehenden jährlichen Leistungsabrechnungsverfahrens empfehlen zu wollen. Für das erste Halbjahr 2025

kündigte er ein weiteres Vereinfachungspaket an. Gleichzeitig habe er sich für das Beibehalten der Umweltambitionen ausgesprochen und vor tiefgreifenden Änderungen an der aktuellen GAP gewarnt. Die Minister erörterten zudem aktuelle Entwicklungen im Bereich des Agrar- und Lebensmittelhandels, insbesondere deren Auswirkungen auf die europäischen Landwirte sowie nicht-tarifäre Hemmnisse für den Agrarhandel mit Drittländern.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/agrifish/2025/01/27/>

Kommission; Vorschlag zur Einführung von Zöllen auf Agrarerzeugnisse und Düngemittel aus Russland und Weißrussland

Am 28.01.2025 hat die Kommission einen Verordnungsvorschlag über die Änderung der Einfuhrzölle auf eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Russland und Weißrussland sowie auf bestimmte Düngemittel auf Stickstoffbasis vorgelegt. Damit soll laut Kommission die Abhängigkeit der EU von Einfuhren aus beiden Ländern verringert und gleichzeitig die europäische Produktion von Düngemitteln und die Düngemittelindustrie der EU gefördert werden. Insbesondere der Import von Düngemitteln mache die Union für mögliche russische Zwangsmaßnahmen anfällig. Durch die Verhängung der Zölle sollen auch die russischen Exporteinnahmen sinken. Der Vorschlag sieht vor, die geltenden Einfuhrzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Russland oder Belarus mit sofortiger Wirkung um einen zusätzlichen Wertzollsatz von 50% anzuheben sowie die Zölle für Düngemittel schrittweise über einen Übergangszeitraum von drei Jahren von derzeit 6,5% auf 100% zu erhöhen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_340

EuGH; Schlussanträge in der Rechtssache C-618/23 SALUS gegen Astrid Twardy GmbH – Vertrieb von Arzneimitteltees mit EU-Bio-Logo

Am 30.01.2025 hat der Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona (ESP) seine Schlussanträge in der Rechtssache C-618/23, dem Verfahren zwischen den beiden Vertreibern traditioneller pflanzlicher Arzneimittel – Astrid Twardy GmbH und SALUS GmbH & Co. KG – vorgelegt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte den EuGH in einem Vorabentscheidungsverfahren um Auslegung der Verordnung (VO) 2018/848 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen (EU-Bio/Öko-VO) sowie der RL 2001/83/EG zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel gebeten und erfragt, ob die Kennzeichnungsregeln für ökologische/biologische Erzeugnisse gemäß der EU-Öko-VO auch auf traditionelle pflanzliche Arzneitees anwendbar seien. Zudem wollte das DEU Gericht wissen, ob es sich bei den aufgeführten Kennzeichnungen gemäß der EU-Öko-VO (u.a. des EU-Bio-Logos) um solche handele, die im Sinne des Gemeinschaftskodexes „für den Patienten wichtig sind“ und nicht „Werbecharakter haben können“. Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona schlägt vor, zu urteilen, dass pflanzliche Arzneitees, die als „traditionelle pflanzliche Arzneimittel“ im Sinne der RL 2001/83 einzustufen sind, nicht als „traditionelle pflanzliche Zubereitungen auf pflanzlicher Basis“ im Sinne der EU-Öko-VO 2018/848 angesehen werden können. Die Kennzeichnungsregeln für ökologische/biologische Erzeugnisse gemäß der EU-Öko-VO hätten keinen Vorrang vor den Kennzeichnungsbestimmungen der RL 2001/83 über Humanarzneimittel.“

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=294789&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=26441157>

Kommission/EuGH; Feierliche Verpflichtung der Präsidentin und der Mitglieder der Europäischen Kommission vor dem EuGH

Die Präsidentin und die Mitglieder der Kommission haben am 27.01.2025 in einer feierlichen Sitzung vor dem EuGH die in den EU-Verträgen vorgesehene feierliche Verpflichtung übernommen, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen. Ursula von der Leyen erinnerte in ihrer Rede an den Zusammentritt des europäischen Konvents unter Leitung des ehemaligen DEU Bundespräsidenten Roman Herzog zur Erarbeitung der Charta der Grundrechte vor 25 Jahren und an die Rolle der Kommission als Hüterin der Verträge. Zuvor betonte Koen Lenaerts, Präsident des EuGH, in seiner Ansprache, dass die Einzelheiten der feierlichen Verpflichtung in den Verträgen nicht speziell geregelt seien, es jedoch einer gefestigten Praxis entspreche, sie vor dem EuGH zu übernehmen. Diese Praxis habe Symbolcharakter: Sie drücke das Eintreten für die Achtung des Rechts zum Ausdruck und unterstreiche die Bedeutung der Aufgaben, welche die Kommission nach den Verträgen zu erfüllen hat.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2025-01/cp250007de.pdf>
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_25_330

EuGH; Urteil zur Frage der Unionsrechtskonformität der Abtretung von Kartellschadensersatzansprüchen zwecks gebündelter Durchsetzung (ASG 2)

Der EuGH hat in der Rechtssache C-253/23 (ASG 2) am 28.01.2025 über die Frage geurteilt, ob ein Verbot der Einziehung von Kartellschadenersatzforderungen mittels eines Abtretungsmodells (Sammelklage-Inkasso) dem Unionsrecht widerspricht. Er stellte fest, dass das Unionsrecht jeder Person, die durch eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht einen Schaden erlitten hat, das Recht verleihe, den vollständigen Schaden ersetzt zu verlangen. Dieses könne auch durch Dritte im Wege der Abtretung geltend gemacht werden. Die Ausgestaltung der Geltendmachung des Rechts bleibe jedoch den Mitgliedstaaten vorbehalten, unter Wahrung des Effektivitätsgrundsatzes. Im zugrundeliegenden Rechtsstreit sind 32 Sägewerksbetriebe aus DEU, BEL und LUX, die seit 2005 Rundholz vom und über das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) bezogen, der Meinung, dass sie kartellbedingt überhöhte Preise gezahlt hätten. Das Land NRW habe nämlich kartellrechtswidrig die Preise sowohl für sich als auch für andere Waldbesitzer in NRW vereinheitlicht. Sie haben daher die Ausgleichsgesellschaft für die Sägeindustrie NRW (ASG 2), eine Rechtsdienstleisterin, damit beauftragt, den ihnen entstandenen Schaden gegenüber dem Land NRW geltend zu machen, und ihr zu diesem Zweck ihre Rechte abgetreten. Das vorliegende Landgericht Dortmund möchte vom EuGH wissen, ob es mit dem Unionsrecht vereinbar ist, dass in der deutschen Rechtsprechung Abtretungen von Kartellschadenersatzansprüchen zwecks gebündelter Durchsetzung für unzulässig gehalten werden. Nach dem Urteil hat nun das entscheidende nationale Gericht darüber zu befinden, ob eine Auslegung des nationalen Rechts, die eine Geltendmachung der genannten Schäden durch ein Sammelklage-Inkasso ausschließt, dem Erfordernis der Effektivität genügt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=E1F4EB23E4D8E9BF09A397787238FFE9?text=&docid=294715&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=25931302>

Kommission; Einbindung des überarbeiteten Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet in das Gesetz über digitale Dienste

Am 20.01.2025 begrüßten die Kommission und das Europäische Gremium für digitale Dienste die Einbindung des überarbeiteten „Verhaltenskodexes für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet +“ in das Gesetz über digitale Dienste, das die Anwendung freiwilliger Verhaltenskodizes für die Bekämpfung von Online-Risiken vorsieht. Nach dieser Einbindung sollen Online-Plattformen, die im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste benannt wurden, durch die Einhaltung des „Verhaltenskodex +“ nachweisen können, dass sie ihrer Verpflichtung aus dem Gesetz über digitale Dienste nachkommen, das Risiko der Verbreitung illegaler Inhalte in ihren Diensten zu mindern. Die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Verhaltenskodex + soll Teil der jährlichen unabhängigen Prüfung sein, der diese Plattformen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste unterliegen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_300

Kommission; Veröffentlichung des fünften Berichts über die Bekämpfung des Menschenhandels in der EU

Die Kommission hat am 20.01.2025 ihren fünften Bericht über die Bekämpfung des Menschenhandels in der EU veröffentlicht. Er umfasst den Zeitraum 2021 bis 2022. Laut Bericht ist die Gesamtzahl der registrierten Opfer in der EU um 41% gestiegen - von 7.155 Opfern im Jahr 2021 auf 10.093 im Jahr 2022. Laut Bericht dürfte die tatsächliche Zahl der Opfer deutlich höher sein, als die gemeldeten Daten vermuten lassen, da in der Statistik nur Opfer berücksichtigt werden, die von einer Registrierungsstelle erfasst wurden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0008>

Kommission; Plattform zur Bekämpfung des Menschenhandels angekündigt

Wie die Kommission am 21.01.2025 angekündigt hat, plant sie die Einrichtung einer Plattform zur Bekämpfung des Menschenhandels. Diese Plattform soll laut Kommission die Mitgliedstaaten beim Austausch bewährter Verfahren und beim Ausbau der Zusammenarbeit unterstützen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kampf-gegen-menschenhandel-eu-kommission-plant-plattform-zur-bekampfung-des-menschenhandels-2025-01-21_de

Rat; Beschluss: Operative Tätigkeiten der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) in Bosnien und Herzegowina

Der Rat hat am 27.01.2025 einen Beschluss angenommen, welcher der EU die Unterzeichnung einer Vereinbarung mit Bosnien und Herzegowina über operative Tätigkeiten, die von Frontex durchgeführt werden, ermöglicht. Die Vereinbarung soll es der EU und Bosnien und Herzegowina ermöglichen, gemeinsame Aktionen auf dem Staatsgebiet von Bosnien und Herzegowina durchzuführen, an denen Frontex-Grenzschutzbeamte und Grenzschutzbeamte aus Bosnien und Herzegowina beteiligt sind.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/01/27/frontex-eu-to-sign-cooperation-agreement-with-bosnia-and-herzegovina/>

EuG; EU-Datenschutzausschuss darf nationaler Behörde Weisungen erteilen

Mit Urteil vom 29.01.2025 in den verbundenen Rechtssachen T-70/23, T-84/23 und T-111/23 hat das EuG entschieden, dass der EU-Datenschutzausschuss (im Folgenden: EDSA) die Befugnis hat, den nationalen Behörden Weisungen zu erteilen. Dies gelte

zumindest dann, wenn eine klar identifizierte Unzulänglichkeit der Analyse der federführenden Aufsichtsbehörde vorliege, die erhebliche Folgen haben kann. Auch stellt das EuG in seinem Urteil fest, dass sich die Befugnis aus der gemeinsamen Beurteilung der Aufsichtsbehörden ergebe, aus denen sich der EDSA zusammensetze. Wichtig sei, so das EuG, dass die die Aufsichtsbehörden überwachenden Stellen selbst unabhängig sind. Dies sei beim EDSA der Fall, so das EuG.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62023TJ0070>

Rat; EU-Innenministerinnen und –minister treffen sich in Warschau

Im Rahmen des informellen Rates für Justiz und Inneres tagten die EU-Innenministerinnen und –minister am 30.01.2025 in Warschau. Auf der Tagesordnung standen die Stärkung des Bevölkerungsschutzes und der Schutz der EU-Außengrenzen zur Eindämmung der irregulären Migration in die EU. Auf der Agenda standen auch innovative Lösungen im Bereich der Migrationssteuerung. Im Fokus standen dabei laut Rat europäische Kooperationen mit wichtigen Drittstaaten entlang der Migrationsrouten. Ein weiteres Thema sei der Kampf gegen die internationale Kriminalität, insbesondere den Waffenhandel, den Menschenhandel und die Drogenkriminalität gewesen.

<https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/events/informal-meeting-of-justice-and-home-affairs-ministers-30-311/>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Ausschreibung für den Young European Entrepreneurs Award eröffnet

Am 20.01.2025 gab die Kommission bekannt, das Verfahren zur Verleihung des Young European Entrepreneurs Awards eröffnet zu haben. Durch den Preis sollen Innovationen junger Menschen in ganz Europa durch Mentoring-Programme und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten gefördert werden. Der Auswahlprozess soll mit einer Abschlusspräsentation finalisiert werden, in deren Rahmen zehn Finalisten ihre Projekte Branchenführern, politischen Entscheidungsträgern sowie potenziellen Investoren aus ganz Europa vorstellen. Die Anmeldung ist möglich bis zum 14.03.2025.

[Young European Entrepreneur Award - European Commission](#)

V e r a n s t a l t u n g e n

Die polnische Ratspräsidentschaft

Die EU-Ratspräsidentschaft von POL im ersten Halbjahr 2025 stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Veranstaltung der Partnerregionen Hessen und Wielkopolska am 23.01.2025 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU. Filip Ślęzak von der Ständigen Vertretung POL bei der EU erläuterte zunächst das Programm des Vorsitzes: Die Ratspräsidentschaft werde sich auf die Verbesserung der europäischen Sicherheit, insbesondere in sieben Dimensionen, konzentrieren: Außenpolitik, Innenpolitik, Medien (im Sinne der Bekämpfung von Desinformationen), Wirtschaft, Energie, Ernährung und Gesundheit. Anschließend diskutierten die Journalistinnen Anna Słojewska, EU-Korrespondentin der Tageszeitung Rzeczpospolita, und Katrin

Pribyl, Mitglied des Korrespondenten-Netzwerks Reportrois, über Schwerpunkte und Herausforderungen des Vorsitzes vor mehr als 350 Gästen.

Deutschland vor der Bundestagswahl

Am 27.01.2025 diskutierten bei der gemeinsam mit dem Brüsseler Verband der Europa-Union Deutschland ausgerichteten Veranstaltung „Deutschland vor der Bundestagswahl“ Europaabgeordnete der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU über europapolitische Positionen und Forderungen des Wahlkampfs in DEU. Karin Müller, Hessische Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, betonte einleitend, dass die Wirkung der Bundestagswahl nicht zu unterschätzen sei – DEU sei im Räderwerk der westlichen Allianzen ein wichtiges Element, z.B. mit Blick auf den Ukraine-Krieg. Sie mahnte einen klaren Kurs der EU an, insbesondere im Bereich der Außen- und Wirtschaftspolitik, wo die Stärke einer geeinten EU besonders bedeutend sei. Auch müsse sich die EU ihrerseits ihrer Verantwortung für die Stimmungsbilder in den Mitgliedstaaten bewusstwerden. Denn ihre Handlungsintensität habe enorme Auswirkungen – ein aktuelles Beispiel sei das Gefühl der Menschen, Regulierungen aus Brüssel schutzlos ausgeliefert zu sein. Damit hätten europapolitische Verschiebungen auch immer einen Begründungsstrang im Verhalten der EU selbst. Anschließend diskutierten MdEP René Aust (ESN/DEU), MdEP Sergey Lagodinsky (GRÜNE/DEU), MdEP Dennis Radtke (EVP/DEU), MdEP Sabrina Repp (S&D/DEU) und MdEP Marie-Agnes Strack-Zimmermann (RENEW/DEU) über aktuelle europapolitische Themen wie die europäische Sicherheit und Verteidigung, die Wettbewerbsfähigkeit und die EU-Migrationspolitik. Über 300 Gäste waren in der Landesvertretung anwesend; außerdem konnte die Diskussion online im Livestream verfolgt werden.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

03./04.02.2025	Informell „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt und Industrie)
03./04.02.2025	Informell Auswärtige Angelegenheiten
04.02.2025	Informell Treffen der EU-Führungsspitzen
03./04.02.2025	Informell „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt und Industrie)
03./04.02.2025	Informell Auswärtige Angelegenheiten
10./11.02.2025	Informell Entwicklungspolitik

Europäische Kommission

- | | |
|------------|---|
| 05.02.2025 | Mitteilung zur Bewältigung der Herausforderungen durch Plattformen des elektronischen Geschäftsverkehrs |
| 11.02.2025 | Arbeitsprogramm der Kommission 2025
Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen |

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 10. – 13.02.2025

- Europäische Zentralbank – Jahresbericht 2024
- Austritt der USA aus dem Pariser Klimaübereinkommen und aus der Weltgesundheitsorganisation
- Fortsetzung der unerschütterlichen EU-Unterstützung für die Ukraine drei Jahre nach dem Beginn von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine
- Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten
- Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Ukraine
- Annahme der Übereinkunft über die Auslegung und Anwendung des Vertrags über die Energiecharta zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten durch die Europäische Atomgemeinschaft
- Notwendigkeit, im Gesundheitswesen dem akuten Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen
- Förderung der beruflichen Bildung in Zeiten von Arbeitsmarktübergängen - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Arbeitsprogramm der Kommission für 2025
- Umfassendere EU-Strategie für den Nahen Osten - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Ein Jahr nach der Ermordung von Alexej Nawalny und die anhaltende Unterdrückung der demokratischen Opposition in Russland
- Mehrwertsteuervorschriften für das digitale Zeitalter
- Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung
- Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte DP910521
- Einwand gemäß Artikel 115 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: genetisch veränderter Mais der Sorte MON 95275
- Kompass für Wettbewerbsfähigkeit
- Notwendigkeit einer gezielten Unterstützung der an Russland angrenzenden EU-Regionen

- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit
- Gefährdung der Souveränität der EU aufgrund strategischer Abhängigkeiten in der Kommunikationsinfrastruktur
- Weitere Zuspitzung der politischen Lage in Georgien

Europäischer Gerichtshof

04.02.2025	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-158/23 Keren – Bußgeldbewehrte und kostenpflichtige Integrationspflicht für Asylberechtigte (NDL)
04.02.2025	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-679/23 P WS u. a. / Frontex (Gemeinsame Rückführungsaktion) – Schadensersatzklage gegen Frontex wegen Rückführungsaktion
04.02.2025	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-136/24 P Hamoudi / Frontex – Schadensersatzklage gegen Frontex wegen Zurückbringung aufs offene Meer
05.02.2025	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-77/24 Wunner – Rückforderung von Glücksspieleinsätzen – Anwendbares Recht (AUT)
05.02.2025	Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-830/22, T-156/23 und T-1033/23, Polen / Kommission – Polnische Justizreform von 2019 – Verrechnung von Zwangsgeldern
05.02.2025	Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-743/21 Ryanair / Kommission (TAP II; Rettungsbeihilfe; COVID-19) – Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfe Portugals zugunsten von TAP
06.02.2025	Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-492/23 Russmedia Digital und Inform Media Press – Haftung von Hosting-Anbietern (ROM)
06.02.2025	Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-71/23 P Frankreich / CWS Powder Coatings u. a. und C-82/23 P Kommission / CWS Powder Coatings u. a. – Titandioxid
06.02.2025	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-97/24 The Minister for Children, Equality, Disability, Integration and Youth – Unzureichende Versorgung von Asylbewerbern – Schadensersatzanspruch? (IRL)

- 10.02.2025 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-797/23 Meta Platforms Irland (Gerechter Ausgleich) – Online-Nutzung von Presseveröffentlichungen (ITL)
- 12.02.2025 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-428/23 ROGON u. a. – DFB-Reglement für Spielervermittler (DEU)
- 12.02.2025 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-209/23 RRC Sports – FIFA-Regeln für Spielervermittler (DEU)
- 13.02.2025 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-472/23 Lexitor – Verbraucherkredite (POL)
- 13.02.2025 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-417/23 Slagelse Almennyttige Boligselskab, Afdeling Schackenborgvænge – Verbot der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft (DNK)
- 13.02.2025 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-115/24 Österreichische Zahnärztekammer – Grenzüberschreitende Kooperation bei Zahnregulierung (AUT)
- 13.02.2025 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-133/24 CD Tondela u. a. – Abwerbverbote im portugiesischen Fußball zu Beginn der Covid-19-Pandemie (PTL)
- 13.02.2025 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-565/23 Aurelia Stiftung / Kommission – Verlängerung der Genehmigung für Glyphosat bis zum 15. Dezember 2023

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 14.02.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	

Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA